

Kommentar: Cyrus, Zuschüsse & Co

Die Greenpeace-Solarkampagne ist ein Flop, ihr Erfolg herbeigerechnet

Um Spenden zu erhalten oder Mitglieder zu gewinnen, müssen Vereine Erfolge vorweisen. Wenn sich diese nicht schnell genug einstellen, liegt die Versuchung nah, Zahlen zu schönen. Aktuelles Beispiel: die Marktanalyse Photovoltaik der Umweltschutzorganisation Greenpeace.

Im März letzten Jahres wettete ein Solaranlageninstallateur mit einem Vertreter der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik (LBST), die für Greenpeace die Studie für eine Solarfabrik erstellt hatte, daß innerhalb eines Jahres nicht mehr als 400 Cyrus-Solarstrom-Anlagen gebaut werden würden. 0,8% der Greenpeace-Fördermitglieder mit Cyrus-Anlage hätten genügt, dem Mitarbeiter der LBST zu einer Kiste Sekt zu verhelfen. Darauf wird er wohl verzichten müssen, denn bisher wurden gerade einmal 129 Cyrus-Anlagen gebaut. Bei einer durchschnittlichen Leistung von 2,4 kW der Cyrus-Anlagen ergibt sich hieraus eine Gesamtleistung von 310 kW. Exakt dieselbe Leistung wird gerade vom RWE über den "Grünen Tarif" finanziert, einer Strompreiserhöhung auf freiwilliger Basis im RWE-Versorgungsgebiet. Die 129 Cyrus-Anlagen werden von Greenpeace nun als Bestätigung verstanden, den einmal begonnenen Weg der PV-Förderung durch Zuschüsse und Dumpingpreise weiter zu verfolgen.

Das Umweltinstitut Leipzig führte im Auftrage von Greenpeace eine Umfrage unter rund 3.800 Interessenten für eine Cyrus-Anlage durch. 44% der Befragten schickten den Fragebogen zurück. Von diesen etwa knapp 1.700 Antworten lauteten 8%, sie hätten eine Cyrus-Anlage gebaut (besagte 129 Anlagen), 22 weitere Prozent erklärten, sie wollten dies bis Ende 1998 tun.

In einer Presseerklärung von Greenpeace vom 2. Dezember 1996 werden nun diese 30% der Antworten auf alle 4.000 Cyrus-Interessenten hochgerechnet, so daß plötzlich 1.300 Interessenten eine Anlage installiert haben oder bis Ende 1998 installieren wollen. So wurde die Greenpeace-Kampagne auf dem Papier der Presseerklärung zum Erfolg, ohne einen Aufschluß über den tatsächlichen Einfluß der Kampagne auf den deutschen Photovoltaik-Markt zu geben. Unberücksichtigt bleibt obendrein, daß der Durchschnittspreis der Cyrus-Anlagen bei 14.500 DM pro kW, also deutlich über dem von Greenpeace als Cy-

rus-Kriterium ursprünglich angegeben Preis von 12.500 DM pro installiertem kW liegt.

Parallel zur Umfrage durch das Umweltinstitut wurde das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Leipzig beauftragt, eine Einschätzung der Entwicklung des PV-Marktes in Deutschland vorzunehmen. Darin wurde insbesondere die Entwicklung des deutschen Marktvolumens für private PV-Anlagen aufgrund von Landes- und Bundesförderprogrammen der letzten Jahre aufgezeigt und zusätzlich das Volumen des Fördermodells kostendeckende Vergütung für das Jahr 1996 quantifiziert. Das Fraunhofer ISE Leipzig ermittelte für die Jahre 1994 und 1995 ca. 2.000 kW geförderte Anlagenleistung und stellte für 1996 bewilligte Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von gut 6.000 kW fest. Aufgrund der kostendeckenden Vergütung seien 1996 1.500 kW installiert worden.

Der ermittelte Anstieg bewilligter Förderanträge von 2.000 kW auf 6.000 kW in



Greenpeace Solar-kampagner Teske mit selektiver Wahrnehmung: 129 Cyrus-Anlagen (310 kW) „ein großer Erfolg“, kostendeckende Vergütung (2.000 kW) „ein Mißerfolg“

1996 wird von Greenpeace nun allerdings mit Bewertungen wie "Der deutsche Solarmarkt nach der Greenpeace-"Cyrus"-Kampagne" für sich verbucht. Dabei vergrößerte sich der Solarmarkt durchaus während der Greenpeace-Kampagne. Mit der gleichen Berechtigung könnte man allerdings behaupten: "Der deutsche Solarmarkt nachdem Heinz in der Nase popelte!". Das ISE errechnete den in der Studie ermittelten Sprung bewilligter Anträge allerdings aufgrund der verstärkten Förderung durch Bund und verschiedene Länder. Ein Großteil der kW-Anlagen dürfte sich ebenfalls in den 6.000 kW wiederfinden. Greenpeace und Heinz haben damit nichts zu tun.

Ausgesprochen ärgerlich an der Studie ist, daß das Modell der kostendeckenden Vergütung (kW) (wahrscheinlich aus Nachlässigkeit) schlechter bewertet wird, als es tatsächlich nach dem reinen "Installierte-Leistung"-Kriterium dasteht. Allein 1996 wurden in Städten mit kostendeckender Vergütung nach Recherchen des Solar Verlags 2.900 kW bewilligt, wovon etwa

2.000 kW bereits realisiert sind (siehe auch den Artikel "Entwicklung der kostendeckenden Vergütung", Seiten 12-13 in diesem Heft). Damit sind die 1.500 kW, die Greenpeace der kostendeckenden Vergütung in 1996 zuschreibt, schlicht um 90% zu niedrig. Wie diese Panne dem ansonsten für Akririe bekannten Fraunhofer Institut unterlaufen konnte, war bis Redaktionsschluß nicht mehr zu klären.

Doch Greenpeace möchte in Zukunft in die "Solaroffensive" gehen. Eine Kombination zwischen erhöhter Einspeisevergütung von 1,35 DM pro Kilowattstunde und einem bundeseinheitlichen Zuschuß von rund 7.000 DM, der pikanterweise unter den aktuell gültigen Zuschüssen einiger Bundesländer, z.B. NRW, und Stadtwerke liegt, ist das Ziel. Begründet wird diese Kombination mit der Umfrage des Umweltinstitutes Leipzig, nach der dieses Modell von der Mehrheit der Befragten gewünscht wird. Dieses Ergebnis kann jedoch nicht in Erstaunen versetzen, denn die Frage lautete sinngemäß: „Möchten Sie das Geld lieber sofort bar auf die Hand oder ziehen Sie es vor, sich die Investition über viele Jahre zurückzuverdienen?“ Die Art der Befragung sagt folglich nichts über den Sinn eines Förderprogramms aus. Ein sinnvolles Förderprogramm erkennt man eben nicht nur an der Höhe der installierten Leistung, dann wäre der Umwelttarif des RWE genauso sinnvoll wie die Solarkampagne von Greenpeace. Ob ein Fördermodell sinnvoll ist, wird durch dessen langfristige Auswirkungen bestimmt. An schwankende Haushaltslagen gebundene Zuschüsse, wie von Greenpeace gefordert, werden zwar zu zusätzlich geförderten Anlagen führen, geben aber keinem potentiellen Investor die Sicherheit, die nötig ist, um einige zig Millionen in eine Produktionsstätte für Solarmodule zu investieren. Selbst wenn mit einer derart instabilen Fördersituation tausende von Anlagen gebaut würden - dies wäre mit dem von Greenpeace geforderten 100 MW-Programm durchaus möglich - würde dies im Zweifelsfall nur zu einer besseren Auslastung der bereits bestehenden manufakturgleichen Modulproduktionen führen. Denn eine neu zu bauende Produktion benötigt allein etwa drei Jahre, bis die Kinderkrankheiten überwunden sind und damit die volle Kapazität erreicht wird. Dann kann das Strohfeuerprogramm aber schon wieder den rituellen Haushaltskürzungen zum Opfer gefallen sein.

Anne Kreutzmann